

Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage des Wasserwerkes Dülmen der Stadtwerke Dülmen GmbH

Wasserschutzgebietsverordnung Dülmen vom 17.11.1986

Aufgrund der §§ 19, 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG –) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Okt. 1976 (BGBl. I S. 3017), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 28. März 1980 (BGBl. I S. 373), der §§ 14, 15, 116, 117, 136, 137, 138, 141, 143 Abs. 2, 150, 161 Abs. 1 Nr. 2 und 167 Abs. 2 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz – LWG –) vom 04. Juli 1979 (GV. NW S. 488 / SGV. NW. 77), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 06. November 1984 (GV. NW S. 663, 834) und der §§ 12, 25, 27 bis 30, 33 und 34 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz – OBG –) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NW S. 528 / SGV. NW. 2060), geändert durch Gesetz vom 19. März 1985 (GV. NW S. 259 / SGV. NW 2060), wird im Einvernehmen mit dem Landesoberbergamt Nordrhein-Westfalen verordnet:

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

- (1) Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutze des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Dülmen der Stadtwerke Dülmen GmbH ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.
- (2) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in die weitere Schutzzone (Zone III), in die engere Schutzzone (Zone II) und in den Fassungsbereich (Zone I).
- (3) Das Wasserschutzgebiet erstreckt sich auf die Gemarkung Dülmen-Kirchspiel, Flure 15, 30, 72, 73, 75, 84, 86, 105, 106 und 107 sowie auf die Gemarkung Haltern-Kirchspiel, Flure 41, 42, 44, 45, 46, 57, 58, 59, 60 und 62.
- (4) Die Grenzen des Wasserschutzgebietes und der einzelnen Zonen sind in eine Schutzgebietskarte - Maßstab 1 : 5.000 - eingetragen.

Die Schutzgebietskarte ist Bestandteil dieser Verordnung.

In der Schutzgebietskarte ist die Zone III gelb, die Zone II grün und die Zone I rot angelegt.

Die Verordnung, die Schutzgebietskarte sowie weitere zeichnerische und beschreibende Unterlagen liegen vom Tage des Inkrafttretens an (§ 13) während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus beim:

1. Regierungspräsident Münster

- obere Wasserbehörde -

Domplatz 1-3

4400 Münster

2. Oberkreisdirektor Recklinghausen

Kurt-Schumacher-Allee 1

4350 Recklinghausen

3. Oberkreisdirektor Coesfeld

Friedrich-Ebert-Straße 7

4430 Coesfeld

4. Stadtdirektor Haltern

Weseler Straße 67

4358 Haltern

5. Stadtdirektor Dülmen

Marktplatz 1

4408 Dülmen

§ 2 Begriffsbestimmungen

- (1) Wassergefährdende Stoffe im Sinne dieser Verordnung sind Stoffe, die sich im Wasser lösen, sich mit diesem vermischen, an seinen Inhaltsstoffen haften oder seine Oberfläche bedecken und dadurch die physikalischen, chemischen oder biologischen Eigenschaften des Wassers nachteilig verändern.

Zu den wassergefährdenden Stoffen gehören vor allem die in den §§ 19 a Abs. 2 und 19 g Abs. 5 WHG in Verbindung mit der Verordnung über wassergefährdende Stoffe bei der Beförderung in Rohrleitungsanlagen vom 19.12.1973 (BGBl. I S. 1946) - in der derzeit geltenden Fassung - aufgeführten Stoffe, insbesondere

- a) Säuren, Laugen;
 - b) Alkalimetalle, Siliciumlegierungen mit über 30 % Silicium, metallorganische Verbindungen, Halogene, Säurehalogenide, Metallcarbonyle und Beizsalze;
 - c) Mineral- und Teeröle sowie deren Produkte;
 - d) flüssige sowie wasserlösliche Kohlenwasserstoffe, Alkohole, Aldehyde, Ketone, Ester, halogen-, stickstoff- und schwefelhaltige organische Verbindungen;
 - e) Gifte
 - f) natürliche organische Flüssigkeiten wie Jauche, Gülle, Silagesickersaft oder Molke;
- (2) Unterirdische Lagerbehälter sind Behälter, die vollständig im Erdreich eingebettet sind. Behälter, die nur teilweise im Erdreich eingebettet sind, sowie Behälter, die so aufgestellt sind, dass Undichtigkeiten nicht zuverlässig und schnell erkennbar sind, werden unterirdischen Behältern gleichgestellt.
Alle übrigen Lagerbehälter gelten als oberirdische Lagerbehälter.
- (3) Abwassergefährliche Betriebe im Sinne dieser Verordnung sind:
Akkumulatorenfabriken;
Beizerein, u.a. Betriebe, die Ätzflüssigkeiten verwenden;
chemische Fabriken;
Erdölraffinerien, Großtanklager, Hydrierwerke;
Galvanikbetriebe, Weißblechwerke;
Gaswerke, Kokereien, Kohlekraftwerke;
Gerbereien, Lederverarbeitungsbetriebe;
Kaliwerke, Salinen;
Sprengstofffabriken;
Textilveredelungsbetriebe;
Tierkörperverwertungsstellen;
Zellulosefabriken;
Zuckerfabriken;
Metallhütten.
- (4) Andere gewerbliche Betriebe sind abwassergefährlich, sofern diese wassergefährdende Stoffe mit dem Abwasser, dem Kühlwasser oder dem Abfall ausstoßen.

§ 3 Schutz in der Zone III

- (1) In der Zone III sind verboten:
1. Versenken von Abwasser (= punktförmige Einleitung in den Untergrund) z.B. aus Sammelentwässerungen und von Straßen und Verkehrsflächen, Versenken oder Versickern radioaktiver Stoffe.
 2. Abwasserverregnung und Abwasserbehandlung bzw. das Versickern aus Sammelentwässerungen. Gleiches gilt für die Ablagerung von Schlamm aus Kläranlagen in Schlamm-trockenbeeten und Schlammteichen ohne Abdichtung.
 3. Versenken oder Versickern von Kühlwasser.
 4. Einbringen von wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 2 dieser Verordnung in den Untergrund z.B. durch deren Ablagern, Aufhalden oder Beseitigen. Dasselbe gilt für Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel sowie radioaktive

Stoffe.

Die Verwendung von offenen und nicht dichten Behältern.

5. Einleiten von biologisch abbaubaren, aber nicht gereinigten Abwässern in oberirdische Gewässer, sofern diese die Zone II oder Zone I durchfließen oder zur Anreicherung für die öffentliche Wasserversorgung herangezogen werden.

Verboten ist auch das Einleiten und Versickernlassen von Oberflächenwasser der Straßen, die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind, in oberirdische Gewässer oder das Grundwasser ohne ausreichende Schutzmaßnahmen im Sinne der „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten“ – RiStWag - (Ausgabe 1982) oder eine entsprechende Sicherung des Grundwassers, zu der die zuständige Wasserbehörde ihr Einvernehmen erteilt hat. Dieses Verbot gilt nicht für vorhandene Straßen, soweit der Träger der Straßenbaulast im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung zur Ableitung des Straßenoberflächenwassers durch Planfeststellungsbeschluss oder aufgrund der §§ 2 oder 15 Abs. 2 WHG wasserrechtlich befugt ist.

Das Verbot gilt auch für das Einleiten von radioaktiven Stoffen, von biologisch nicht abbaubaren Abwässern, die wassergefährdende Stoffe im Sinne von § 2 dieser Verordnung enthalten, in oberirdische Gewässer oder das Grundwasser, wenn nicht die Abwässer bzw. Stoffe entgiftet oder in anderer Form gewässerunschädlich gemacht sind.

6. Umgang mit radioaktiven Stoffen. Ausgenommen hiervon ist die Verwendung von radioaktiven Stoffen zur Dichtebestimmung des Förderstromes bei Tiefentsandungen. Insoweit gilt § 3 Abs. 2 Nr. 14 dieser Verordnung.
7. Entleerung von Fahrzeugen der gewerblichen und öffentlichen Fäkalienabfuhr. Dieses gilt nicht bei Entleerung zum Zwecke einer ordnungsgemäßen Düngung in normalem Umfang (vgl. § 4 Abs. 1 b Ziffer 5), sofern die Fäkalien unverzüglich und gleichmäßig zur Düngung verteilt werden und wenn die Gefahr der oberirdischen Abschwemmung in die Zone II und Zone I oder des Eindringens in das Grundwasser nicht besteht.
8. Verwendung von Pflanzenschutzmitteln im Sinne des Pflanzenschutzgesetzes, soweit diese von der Biologischen Bundesanstalt für eine Verwendung in den jeweiligen Zonen des Wasserschutzgebietes auf der Verpackung nicht zugelassen sind (vgl. Gebrauchsanweisung).

Gleiches gilt auch für die Verwendung von Schädlingsbekämpfungsmitteln im Freien, soweit diese Mittel für eine Verwendung in Wasserschutzgebieten vom Bundesgesundheitsamt nicht zugelassen sind (vgl. Gebrauchsanweisung).

Das Verbot gilt auch für die unsachgemäße Verwendung von zugelassenen Mitteln dieser Art oder bei Gefahr der oberirdischen Abschwemmung in die engeren Zonen (II und I) sowie für das Ein- und Ausbringen von Pflanzenschutzmitteln und Schädlingsbekämpfungsmitteln in und an oberirdischen Gewässern, sofern diese Gewässer die Zone II oder I durchfließen oder zur Anreicherung für die öffentliche Wasserversorgung herangezogen werden.

9. Bau und Erweiterung von Wohngebieten ohne wasserdichte zentrale Kanalisation.
10. Errichtung und wesentliche Änderung von Kernkraftwerken und Anlagen, die nach dem Atomgesetz planfeststellungs- oder genehmigungspflichtig sind.
11. Errichtung oder wesentliche Änderung von gewerblichen Tanklagern einschließlich Errichtung und wesentlicher Änderung von Anlagen zum Abfüllen und § 2 dieser Verordnung; Neubau von Tankstellen.

Errichtung von Eigenverbrauchstankstellen für brennbare Flüssigkeiten der Gefahrenklasse A im Sinne der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten (VbF) - in der jeweils geltenden Fassung -. Dieses Verbot gilt nicht für das Lagern von Heizöl für den Hausgebrauch und für Dieselöl für den landwirtschaftlichen Betrieb. In diesen Fällen gilt § 3 Abs. 2 Ziffer 5 dieser Verordnung.

Bei Altanlagen können von den zuständigen Behörden – soweit nicht schon in anderen Gesetzen und Verordnungen geregelt – die Duldung einer sofortigen Überprüfung durch Sachverständige und je nach dem Ergebnis dieser Überprüfungen nach allgemeinem Ordnungsrecht eine Beseitigung der Gefahrstoffbestände, ggf. auch weitergehende Anforderungen baulicher oder sicherungstechnischer Art verlangt werden. Letzteres gilt auch für den Abfüll- und Umschlagsvorgang bei Anlagen dieser Art.

12. Errichtung oder wesentliche Veränderung von Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie von Anflugsektoren und Notabwurfspitzen des Luftverkehrs oder von militärischen Anlagen und Übungsplätzen.
 13. Neuanlage und wesentliche Veränderung von Friedhöfen.
 14. Errichtung oder wesentliche Veränderung von baulichen Anlagen zum dauernden Aufenthalt für Tiere, ohne dass die anfallende Gülle oder Jauche – insbesondere bei Massentierhaltungen – in dichten Beseitigungsanlagen aufgefangen, gelagert und schadlos beseitigt wird, es sei denn, dass wegen einer geringen Menge der anfallenden Gülle oder Jauche eine schädliche Grundwasserverunreinigung nicht zu besorgen ist.
 15. Einbau wassergefährdender Stoffe, wie z.B. Teer, Phenole, Hochofenschlacke beim Straßenbau und beim Ausbau befestigter Wege, ausgenommen Bitumenstoffe. Das Verbot gilt auch für den Einbau von Waschbergen.
Das Verbot gilt nicht für den Einbau von Hochofenschlacke und Waschbergen bei Hofbefestigungen und privaten Zufahrten, sofern der Nachweis der Wasserunschädlichkeit durch eine Bescheinigung der Lieferfirma beigebracht wird.
 16. Umschlag bzw. Zwischenlagerung von wassergefährdenden Abfallstoffen auf unabdichteten Flächen.
 17. Motorbootsportveranstaltungen, Motorsportveranstaltungen im Gelände.
 18. Tiefentsandungen (= Entsandungen, bei denen das anstehende Grundwasser freigelegt wird.)
Das Verbot gilt nicht für die in der dieser Verordnung zugehörigen Karte dargestellten Flächen.
 19. Errichtung und wesentliche Veränderung von Anlagen und Vorrichtungen zur Klärung von Abwasser, mit Ausnahme von Kläranlagen nach DIN 4261 zur Klärung häuslicher Abwässer (siehe hierzu § 3 Abs. 2 Ziffer 13).
 20. Das Zelten und Lagern außerhalb genehmigter Zeltplätze sowie das Baden in natürlichen und künstlichen Gewässern.
 21. Vergraben von Tierleichen.
- (2) In der Zone III sind genehmigungspflichtig:
1. Einrichtungen, die den Zustrom von Menschen fördern, insbesondere die Anlage oder Veränderung von Erholungseinrichtungen, wie z.B. Sportanlagen, Zelt- und Campingplätze, Hotels, Gaststätten und Ausflugslokale. Gleiches gilt für Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie die Umwandlung von Gebäuden in gewerbliche Beherbergungsbetriebe.
In den erforderlichen Verfahren können ggf. zum Schutz des Grundwassers über das normale Maß hinaus zusätzliche bauliche oder sonstige sicherungstechnische Maßnahmen gefordert werden.
 2. Neubau und wesentliche Änderung von öffentlichen Straßen, soweit letzteres über den Rahmen der üblichen Straßenunterhaltung und örtlich begrenzter Verkehrssicherungsmaßnahmen hinausgeht.
Unberücksichtigt bleiben die Maßnahmen, für die eine straßenrechtliche Planfeststellung durchgeführt wird oder die Trasse der neuen bzw. wesentlich geänderten Straße in einem Bebauungsplan enthalten ist und in letzterem Fall ein Einvernehmen mit der unteren Wasserbehörde sowie dem zuständigen Staatlichen Amt für

Wasser- und Abfallwirtschaft (StAWA) unter Berücksichtigung des Sinngehaltes dieser Verordnung und der „Richtlinie für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten“ erzielt worden ist.

3. Bau und Erweiterung von öffentlichen Parkplätzen, Parkstreifen und privaten Sammeleinstellplätzen (ab vier Fahrzeugen). Bei der Genehmigung können besondere Anforderungen an die Befestigung der Anlagen sowie an die Beseitigung der Abwässer gestellt werden.
4. Bauliche Änderungen von bestehenden Tankstellen.
5. Jede neue Lagerung oder wesentliche Veränderung einer Lagerung wassergefährdender Stoffe im Sinne von § 2 dieser Verordnung.

Dabei können an das Lagern, die Auffangräume, die Lagerbehälter und das Zubehör erhöhte Anforderungen im Einzelfall gemäß § 15 Abs. 3 der Verordnung über Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe (VAwS) vom 31. Juli 1981 (GV. NW S. 490) z.B. hinsichtlich der Werkstoffe, der Ausführung und Verarbeitung, der Dichtigkeit und Beständigkeit sowie der betrieblichen Ausstattung und der Handhabung gestellt werden, damit eine schädliche Verunreinigung des Wassers oder eine nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften ausgeschlossen ist.

Die Genehmigungspflicht gilt – unabhängig vom Rauminhalt des Behälters – auch für jede Lagerung natürlicher organischer Flüssigkeiten aus dem Bereich der Landwirtschaft wie Jauche, Gülle, Silagesickersaft oder Molke (siehe § 2 Nr. 1 Buchstabe f) dieser Verordnung).

Treten wassergefährdende Stoffe aus einer Anlage zum Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Befördern oder Transportieren aus und ist zu befürchten, dass diese in den Untergrund oder die Kanalisation eindringen, so ist dies unverzüglich der örtlichen Ordnungsbehörde anzuzeigen.

Anzeigepflichtig ist, wer die Anlage betreibt, instandsetzt, reinigt oder prüft.

Die untere Wasserbehörde und der Wasserwerksträger sollten ebenfalls unterrichtet werden.

6. Anlage oder Veränderung von Kies- und Sandgruben =Flachentsandung sowie von Lehm-, Torf- und Tongruben, Hohlwegen, Steinbrüchen und Einschnitten.

Durchführung von Ausgrabungen und Ausschachtungen, von Bohrungen und Sprengungen, einschließlich Bergbaumaßnahmen sowie sonstige Maßnahmen, die die belebte Bodenzone verletzen und die Deckschichten beseitigen oder vermindern oder eine schlecht reinigende Schicht freilegen.

Die normale landwirtschaftliche Beackerung, das Tiefpflügen, Meliorationen, das Anlegen von Dränungen bleiben unberührt.

7. Lagerung von Handelsdünger in flüssiger Form (z.B. Ammonitrat-Harnstoff-Lösung).
8. Errichtung oder Veränderung von Rangierbahnhöfen.
9. Errichtung oder wesentliche Veränderung von baulichen Anlagen zum dauernden Aufenthalt
 - a) von Menschen innerhalb geschlossener Wohnsiedlungen ohne Anschluss an eine zentrale Kanalisation
 - b) von Menschen außerhalb geschlossener Wohnsiedlungen
 - c) von Tieren (soweit nicht nach § 3 Abs. 1 Ziffer 16 verboten) es sei denn, dass wegen der geringen Menge der anfallenden Gülle oder Jauche eine schädliche Grundwasserverunreinigung nicht zu besorgen ist.
10. Errichtung oder wesentliche Änderung von bzw. Umwandlung zu abwassergefährlichen Betrieben im Sinne von § 2 Abs. 4 dieser Verordnung.
11. Errichtung oder wesentliche Änderung von Krankenhäusern, Heilstätten, Erholungsanlagen, Gaststätten, Gewerbe- oder Industriegebieten.
12. Wärmepumpen mit Wärmeentzug aus dem Erdreich oder dem Grundwasser.

13. Kleinkläranlagen nach DIN 4261 zur Klärung häuslicher Abwässer.
14. Verwendung von radioaktiven Stoffen zur Dichtebestimmung des Förderstromes bei Tiefentsandungen.
15. Tiefentsandung (= Entsandungen) bei denen das anstehende Grundwasser freigelegt wird auf den in der dieser Verordnung zugehörigen Karte dargestellten Flächen.

§ 4 Schutz in der Zone II

- (1) In der Zone II sind verboten:
- a) Die in Zonen III verbotenen und genehmigungspflichtigen Tatbestände.
 - b) Darüber hinaus:
 1. Errichtung oder wesentliche Veränderung von baulichen Anlagen, z.B. Neubau von Wohnungen, Stallungen, Gärfuttersilos, Jauche- und Güllegruben. Errichtung von Baustellen und Baustofflagern.
 2. Neubau von Wegen, Straßen, Bahnlinien und sonstigen Verkehrsanlagen oder Güterumschlagsanlagen.
 3. Vorübergehende Lagerung von Stoffen im Sinne von § 3 Abs. 1 Ziffer 4 dieser Verordnung.
 4. Wagenwaschen und Ölwechsel.
 5. Düngung mit animalischen Stoffen (Ausbringung von Jauche, Gülle, Stalldung), sofern diese nach Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder wenn die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in das Gebiet der Schutzzone I oder des Eindringens in das Grundwasser besteht.
Verboten ist auch die Düngung zur Unzeit und Überdüngung - beides auch bei Handelsdünger -.
Als Überdüngung gilt bei Gülle die Überschreitung folgender Mengen:

| | | |
|---------------|---|---------------------|
| Rindergülle | = | 40 cbm / ha / Jahr |
| Schweinegülle | = | 30 cbm / ha / Jahr |
| Hühnergülle | = | 20 cbm / ha / Jahr. |
 6. Unsachgemäße Verwendung von Handelsdünger in fester oder in flüssiger Form.
 7. Das Bewässern (z.B. Verrieseln oder Verregnen) landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzter Flächen mit hygienisch nicht einwandfreiem Wasser sowie mit Ammoniakwasser (= Abwasser von Kokereien und Gaswerken).
 8. Anlage oder Veränderung von Gärfuttermieten und Dungstellen.
 9. Durchleiten von Abwasser sowie das Durchleiten von Gewässern und Gräben, die Wasser von außerhalb dieser Zonen heranführen, ohne ausreichende Sicherung.
 10. Neuanlage und Veränderung von Fischteichen.
 11. Neuanlage und Erweiterung von Kleingärten und von Gartenbaubetrieben.
 12. Alle Maßnahmen, die die belebte Bodenzone verletzen, mit Ausnahme von normaler landwirtschaftlicher Beackerung, und forstwirtschaftlicher Bewirtschaftung.

§ 5 Schutz in der Zone I

- (1) In der Zone I sind verboten:
- a) Die in den Zonen III , II verbotenen bzw. genehmigungspflichtigen Tatbestände.
 - b) Darüber hinaus:

1. Jegliches Hantieren oder Fahren mit Fahrzeugen oder Geräten, die mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne von § 2 dieser Verordnung angetrieben werden.
 2. Jegliche Verletzung der belebten Bodenschicht und der Deckschichten.
 3. Das Betreten des Fassungsgebietes.
 4. Jegliche Düngung.
 5. Beweidung, Pferche.
- (2) In der Zone I sind nur gestattet:
1. Alle zum Betrieb des Wasserwerkes erforderlichen Handlungen, baulichen und technischen Maßnahmen, soweit hierdurch keine Beeinträchtigung des Grundwassers zu besorgen ist.
 2. Maßnahmen zum messen des Wassers sowie zur Beobachtung und Untersuchung des Bodens.

§ 6 Militärische Handlungen

Für militärische Übungen der Streitkräfte gelten abweichend von den §§ 3 bis 5 folgende Sonderbestimmungen:

- (1) In der Zone III sind verboten:
1. Bewegungen von Ketten-Kraftfahrzeugen.
 2. Befördern von Kraft-, Schmier- und Treibstoffen mit Landfahrzeugen auf nicht klassifizierten Straße oder nicht wasserdicht befestigten Flächen
 3. Fallschirmabwürfe von Material aus der Luft.
 4. Grabungen von mehr als 1 m Tiefe sowie Grabungen von mehr als 10 m² Fläche.
 5. Verlegen von Minen im Erdreich tiefer als 0,30 m.
 6. Sprengungen.
 7. Verwenden von Darstellungsmitteln, die wassergefährdende Stoffe enthalten.
 8. Biwakieren (Verpflegung, Waschen, Heizen u.a.) mit Ausnahme von vereinzelt Zelten.
 9. Anlegen von Feldlatrinen.
 10. Brückenschläge mit Erdaufschlüssen.
 11. Befahren von Fließgewässern, ausgenommen mit handgetriebenen Booten und Schlauchbooten.
 12. Befahren von stehenden Gewässern.
 13. Entnehmen und Einleiten von Wasser in größeren Mengen.
 14. Lagern und Umschlagen von Munition auf nicht klassifizierten Straßen und nicht wasserdicht befestigten Flächen.
 15. Lagern und Umschlagen von Kraft-, Schmier- und Treibstoffen sowie das Betanken – mit Ausnahme des Betankens von Fahrzeugen im Einzelfall und in kleinen Mengen - auf nicht wasserdicht befestigten Wegen oder Flächen
 16. Instandsetzungen (Triebwerkswechsel, Ölwechsel, Reinigung).
 17. Verlegen von schwerem Feldkabel mit einer Erdüberdeckung von mehr als 0,20 m.
 18. Einrichten von Feldlazaretten und Hauptverbandplätzen.
 19. Verlegen von oberirdischen Feldpipelines für den Kraftstofftransport
 20. Einrichten von Gefechtsständen bis Regiment einschließlich, sofern dabei Grabungen vorgenommen werden.
 21. Einrichten von Gefechtsständen ab Brigade.
- (2) In der Zone II sind im Rahmen militärischer Übungen alle Handlungen verboten bis auf folgende Ausnahmen:

1. Bewegungen zu Fuß.
 2. Bewegungen von Rad-Kraftfahrzeugen, ausgenommen Tankfahrzeuge, auf klassifizierten Straßen und wasserdicht befestigten Flächen.
 3. Durchfahren von Kettenfahrzeugen auf klassifizierten Straßen und wasserdicht befestigten Flächen.
 4. Befördern von Kraft-, Schmier- und Treibstoffen mit Landfahrzeugen auf klassifizierten Straße und wasserdicht gefestigten Flächen.
 5. Verlegen von leichtem Feldkabel (oberirdisch).
- (3) in der Zone I sind sämtliche Handlungen im Rahmen militärischer Übungen verboten.

§ 7

Andere Rechtsvorschriften

- (1) Die in anderen Gesetzen und Rechtsvorschriften vorgesehenen Anzeige-, Genehmigungs-, Duldungs- oder Zulassungspflichten, Beschränkungen und Verbote bleiben unberührt.
Besonders hingewiesen wird auf die gesetzlichen Vorschriften über Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe, vor allem auf die §§ 19 ff WHG und die Verordnung über Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe (VAwS) vom 31. Juli 1981 (GV. NW S. 490).
- (2) Bei der baurechtlich verbindlichen Planung von Wohn-, Industrie-, Gewerbe und Sondergebieten in der Zone III sind die Interessen des Grundwasserschutzes nach Menge und Güte als besonders wichtiger öffentlicher Belange zu berücksichtigen.

§ 8

Ordnungspflicht bei bestehenden Anlagen

- (1) Bestehende Anlagen oder Einrichtungen im Wasserschutzgebiet sind von Amts wegen auf ihre Rechtmäßigkeit und Vereinbarkeit mit dem Sinngehalt dieser Verordnung durch den Oberkreisdirektor Coesfeld bzw. durch den Oberkreisdirektor Recklinghausen - untere Wasserbehörde - unter Beteiligung des Staatlichen Amtes für Wasser- und Abfallwirtschaft Münster zu überprüfen bzw. zu überwachen.
- (2) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken im Wasserschutzgebiet haben die vorgenannten wasserbehördlichen Überprüfungen bzw. Überwachungen, insbesondere die Beobachtung der Gewässer und des Bodens sowie das Aufstellen, Unterhalten oder Beseitigen von Hinweis-, Warn-, Gebots- und Verbotsschildern gemäß §§ 19 Abs. 2 Nr. 2 und 21 WHG und §§ 116, 117 und 167 Abs. 2 LWG zu dulden.
- (3) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Anlagen und sonstigen Einrichtungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung bestehen und die nach Maßgabe des sonstigen öffentlichen Rechtes in Bestand und Betrieb geschützt sind (Bestandsschutz) haben zu dulden, dass solche Anlagen und Einrichtungen an die Vorschriften der Verordnung angepasst oder beseitigt werden (vgl. § 19 Abs. 2 Nr. 2 WHG).
- (4) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken in den Schutzzonen I bis III sind darüber hinaus verpflichtet zu dulden
1. das Auffüllen von Mulden oder Erdaufschlüssen,
 2. das Einzäunen des Fassungsgebietes und das Aufstellen von Hinweis-, Warn-, Gebots- und Verbotsschildern.
 3. das Betreten der Grundstücke durch Bedienstete der zuständigen Behörden und des Wasserwerkes zur Beobachtung, Messung und Untersuchung des Grundwassers und zu Entnahme von Bodenproben,
 4. die Anlage und den Betrieb von Grundwasserbeobachtungsbrunnen,
 5. das Verrohren von Gewässern oder Gräben,
 6. die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Sicherung gegen Überschwemmungen,

7. das Beseitigen von Erdaufschlüssen oder Ablagerungen.

- (5) Die zuständige Untere Wasserbehörde ordnet gegenüber den betroffenen Eigentümern oder Nutzungsberechtigten die gemäß Absatz 2 bis Absatz 4 zu dulddenden Maßnahmen durch schriftlichen Bescheid an, soweit bergrechtliche Belange berührt werden im Benehmen mit dem zuständigen Bergamt.
Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und dem Duldungspflichtigen sowie dem Wasserwerksträger zuzustellen.

§ 9

Genehmigungsverfahren

- (1) Über die Genehmigungen nach § 3 Abs. 2 dieser Verordnung entscheidet der Oberkreisdirektor Coesfeld bzw. der Oberkreisdirektor Recklinghausen – untere Wasserbehörde-.

Handlungen, die nach anderen Bestimmungen ausdrücklich einer Erlaubnis, Bewilligung, Genehmigung, einem bergrechtlichen Betriebsplanverfahren oder sonstigen behördlichen Zulassungen bedürfen – Anzeigeverfahren genügen nicht -, bedürfen der Genehmigung nach dieser Verordnung nicht, wenn schon die anderen Bestimmungen einen hinreichenden Schutz ermöglichen.

Entscheiden in den genannten Fällen andere Behörden als Wasserbehörden, so bedürfen diese des Einvernehmens der unteren Wasserbehörde (Oberkreisdirektor Coesfeld bzw. Oberkreisdirektor Recklinghausen), es sei denn, die Entscheidung ergeht im Planfeststellungsverfahren.

Des Einvernehmens bedarf es nicht, wenn der Regierungspräsident für die obengenannten behördlichen Zulassungen zuständig ist.

- (2) Dem Genehmigungsantrag sind in vierfacher Ausfertigung Unterlagen (Beschreibung, Pläne, Zeichnungen und Nachweisungen) beizufügen, soweit diese zur Beurteilung des Antrages erforderlich sind.

Anträge, die mangelhaft sind oder ohne ausreichende Unterlagen vorgelegt werden, können ohne weiteres zurückgewiesen werden, wenn der Antragsteller die ihm mitgeteilten Mängel innerhalb der ihm gesetzten Frist nicht behebt. Der Antragsteller ist auf diese Folgen hinzuweisen.

- (3) Die Untere Wasserbehörde beteiligt die Stadtwerke Dülmen GmbH und holt vor ihrer Entscheidung bzw. vor der Erklärung des Einvernehmens die Stellungnahme des Staatlichen Amtes für Wasser- und Abfallwirtschaft ein.

Will die Untere Wasserbehörde den Bedenken des Staatlichen Amtes für Wasser- und Abfallwirtschaft nicht Rechnung tragen, so hat sie die Akten der oberen Wasserbehörde vorzulegen.

- (4) Die Genehmigung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen und befristet werden. Sie kann zurückgenommen oder nachträglich mit zusätzlichen Anforderungen versehen oder weiteren Einschränkungen unterworfen werden, soweit es das Interesse der öffentlichen Wasserversorgung gebietet, das Grundwasser im Rahmen dieser Verordnung vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen, die bei der Erteilung der Genehmigung nicht voraussehbar waren.

Die Vorschriften des allgemeinen Ordnungsrechts bleiben unberührt.

- (5) Die Genehmigung darf nur erteilt werden, soweit eine Gefährdung der öffentlichen Wasserversorgung nicht zu besorgen ist oder durch Auflagen bzw. Bedingungen verhütet werden kann.

Die Genehmigung kann für eine unbestimmte Anzahl in der Zukunft liegende einzelner Handlungen gleicher Art erteilt werden.

- (6) Der mit Rechtsbehelfsbelehrung versehene Bescheid über den Genehmigungsantrag ist dem Antragsteller und den beteiligten Behörden zuzustellen.

- (7) In den Fällen, in denen ein Genehmigungsverfahren durch ein wasserrechtliches Verfahren der unteren Wasserbehörde ersetzt wird (Abs. 1 Satz 2) oder in denen das Ein-

vernehmen der unteren Wasserbehörde notwendig ist (Abs. 1 Satz 3), sind Abs. 3 bis Absatz 5 entsprechend anzuwenden.

§ 10 Befreiungen

- (1) Die Untere Wasserbehörde kann im Einzelfall auf Antrag von den Verboten der §§ 3 bis 6 dieser Verordnung Befreiung erteilen, wenn andere Rechtsvorschriften nicht entgegenstehen und
 1. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung ggf. nach entsprechenden Sicherungen erfordern oder
 2. das Verbot zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führt und die Ausnahme mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere des Grundwasserschutzes nach entsprechenden Sicherungen vereinbar ist.
- (2) Die Untere Wasserbehörde kann der Stadtwerke Dülmen GmbH für das Wasserwerk Dülmen auf Antrag Befreiung von den Verboten dieser Verordnung erteilen, soweit dies zum Betrieb des Wasserwerkes unumgänglich und mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit vereinbar ist.
- (3) Bei Gefahr im Verzuge trifft die nach dem Ordnungsbehördengesetz zuständige Behörde die notwendigen Anordnungen (Sofortmaßnahmen), auch wenn diese Maßnahmen im Normalfall nach §§ 3 bis 6 dieser Verordnung verboten sind.
Die Untere Wasserbehörde und das zuständige Staatliche Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft sind sofort zu unterrichten.
- (4) Für die Befreiung gelten die Vorschriften des § 9 Abs. 2, 3, 4, 5 Satz 2 und 6 entsprechend.

§ 11 Entschädigung

Stellt eine Anordnung nach dieser Verordnung eine Enteignung dar, so befindet die obere Wasserbehörde auf Antrag des Betroffenen über die Entschädigung gemäß §§ 19 Abs. 3 und 20 WHG sowie §§ 15 Abs. 2, 134, 135 und 154 bis 156 LWG.

§ 12 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 41 Abs. 1 Nr. 2 WHG und § 161 Abs. 1 Nr. 2 LWG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach dieser Verordnung verbotene Handlung ohne die Befreiung nach § 10 dieser Verordnung oder eine genehmigungspflichtige Handlung ohne die Genehmigung nach § 9 dieser Verordnung vornimmt.
- (2) Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 können mit einer Geldbuße bis zu 100.000,- DM geahndet werden.

§ 13 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Münster in Kraft.

Münster, den 17. November 1986

Der Regierungspräsident als Obere Wasserbehörde

54.1.1-I-2 Nr. 23